



Antrag

der Fraktion der FDP

Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, zur 11. Tagung schriftlich über die Lage, die Entwicklung und die Chancen des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel zu berichten.

Die Landesregierung möge besonders zu folgenden Punkte berichten:

- Die Wirtschaftsstruktur im Wirtschaftsraum Brunsbüttel.
- Die Bedeutung der Elbe für Wirtschaft und Beschäftigung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel.
- Die Sach- und Rechtslage, aufgrund derer die Landesregierung sich möglicherweise gezwungen sieht, im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel ein ‚Natura-2000-Gebiet‘ auszuweisen.

Falls die Landesregierung es als zwingend notwendig beurteilt, im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel ein ‚Natura-2000-Gebiet‘ auszuweisen, möge die Landesregierung auch berichten, warum das Land dieses Gebiet bisher nicht gemeldet hat, wann das Gebiet hätte gemeldet werden müssen und auf welcher Rechtsgrundlage entschieden wurde, es noch nicht zu melden.

- Die Einschränkungen für die Wirtschaft, die sich ergäben, wenn im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel ein ‚Natura-2000-Gebiet‘ ausgewiesen würde, und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel.

- Die Entscheidungsspielräume, die die Landesregierung bei der Ausweisung nutzen könnte—besonders bezüglich des Abstandes eines möglichen ‚Natura-2000-Gebietes‘ im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel vom schleswig-holsteinischen Elbufer—und wie sich die verschiedenen Möglichkeiten auf Wirtschaft und Beschäftigung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel auswirken würden.
- Entscheidungen anderer Bundesländer und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in vergleichbaren Fällen.
- Die Haltungen betroffener und/oder beteiligter Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbände und weiterer Dritter zur möglichen Ausweisung eines ‚Natura-2000-Gebietes‘ im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel.
- Die Haltung der Landesregierung bezüglich der Ausweisung eines ‚Natura-2000-Gebietes‘ im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel.
- Die Beurteilung der Aussichten für den ‚Energiestandort‘ Brunsbüttel durch die Landesregierung.

Die Landesregierung möge hierzu besonders darauf eingehen, wie sie die Aussichten der Region Brunsbüttel nach dem Abschalten des Kernkraftwerkes beurteilt, welche Alternativen nach Ansicht der Landesregierung als Ersatz für die dann fehlende Stromproduktion in Betracht kommen, und welche dieser Möglichkeiten die Landesregierung nach heutigem Stand bevorzugt.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion